

Die Europapolitik der Sozialdemokraten

Anspruch und Wirklichkeit

Am 17. Juni wählen die Deutschen zum zweiten Mal ihre Abgeordneten in das Europäische Parlament. Bei dieser Wahl geht es um Europas Zukunft, um unsere Zukunft.

Die christlich-demokratischen Parteien in Deutschland und in Europa - zusammengeschlossen in der Europäischen Volkspartei (EVP) - müssen die Europawahl gewinnen, denn nur wir sichern Freiheit, Partnerschaft, Frieden und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Deutschland und in der Europäischen Gemeinschaft.

Die Sozialisten gehörten von Anfang an zu den Bremsen des europäischen Einigungsvertrages. Konrad Adenauer und die Unionsparteien mußten alle entscheidenden Schritte zur europäischen Einigung gegen die SPD durchsetzen:

- 1950 Die SPD sagt Nein zum Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in den Europarat.
- 1951 Die SPD sagt Nein zu einer geplanten gemeinsamen europäischen Außenpolitik.
- 1952 Die SPD-Fraktion lehnt im Bundestag die Montanunion ab.
- 1952 Die SPD-Fraktion lehnt die Bildung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ab.
- 1954 Die SPD sagt Nein zur künftigen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).
- 1955 Die SPD lehnt den Beitritt zur Westeuropäischen Union (WEU) ab.

Auch heute steht die SPD einer weiteren politischen Einigung Europas distanziert gegenüber. Die europäischen Sozialisten haben es im Gegensatz zu den Christlichen Demokraten nicht geschafft, eine einheitliche und von Widersprüchen freie Europapolitik zu entwickeln. In wesentlichen europäischen Fragen sind die europäischen Sozialisten zerstritten. In der Frage der Friedens- und Sicherheitspolitik ist die SPD von den anderen sozialistischen Bruderpartenien isoliert.

Es hat bereits Tradition in der SPD, daß sie die Versprechen in ihren Programmen in ihrem politischen Handeln nicht hält. Das wird besonders deutlich, wenn man die Aussagen des Europa-Wahlprogramms der SPD für die zweite Direktwahl zum Europäischen Parlament und das Manifest des Bundes der Sozialdemokratischen Partei der Europäischen Gemeinschaft zur zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament mit der tatsächlichen Politik vergleicht, die von der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament und von den deutschen Sozialdemokraten betrieben wird.

Europäisches Einigungswerk

Anspruch:

In ihren Programmen bekennen sich die Parteien des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der EG zur europäischen Einigung.

„Wir Sozialdemokraten bekennen uns vor der zweiten Wahl des Europäischen Parlaments heute wie in unserem Heidelberger Programm vor 58 Jahren zu den Vereinigten Staaten von Europa. ... Die Europäische Gemeinschaft liegt im deutschen Interesse.“
(Europa-Wahlprogramm der SPD, 14. Februar 1984)

„Aus unserer Tradition und unserem Selbstverständnis heraus sind wir europäischen Sozialdemokraten und Sozialisten immer auch Internationalisten gewesen. Die Europäische Gemeinschaft, der unsere Länder angehören, ist ein wichtiges Instrument zur Verwirklichung unserer Ziele.“

(Manifest des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, 8./9. März 1984)

Wirklichkeit:

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Starke Kräfte in der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments lehnen weitere Fortschritte bei der europäischen Einigung strikt ab. Die britische Labour-Partei befürwortete sogar lange Zeit den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Gemeinschaft. Die Sozialisten Griechenlands, das am 1. Januar 1981 Mitglied der EG geworden ist, erklärten gleich bei ihrer Begrüßung im Europäischen Parlament am 12. Januar 1981, daß sie gegen Griechenlands EG-Mitgliedschaft sind:

„Die britische Labour-Partei wird im Fall eines Wahlsieges den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Gemeinschaft betreiben. Dies erklärte am Wochenende der ehemalige Landwirtschaftsminister John Silkin auf einer Veranstaltung in Cambridge. Silkin sagte, die Mitgliedschaft in der EG sei eine Katastrophe gewesen, und die einzige Hoffnung für die Zukunft sei der Austritt aus der EG.“

(VWD-Europa, 18. Mai 1981)

„Wir danken Ihnen für Ihre freundlichen Worte über unser Land. Wie Ihnen bekannt ist, hat die Gesamtgriechische Sozialistische Bewegung gegen den Beitritt Griechenlands zur EWG Stellung bezogen und klargestellt, daß sie anstelle des Beitritts für einen Sonderstatus, für ein Sonderabkommen ist. ... Wie Ihnen bekannt ist, Frau Präsidentin, ist die PASOK bereits der Sozialistischen Fraktion beigetreten, von der wir der Ansicht sind, daß sie unseren proklamierten Standpunkten nähersteht.“

(Charalampopoulos, Panhellenische Sozialistische Bewegung, Protokoll der Sitzung des Europäischen Parlaments, S. 5, 12. Januar 1981)

Europäischer Staat und Europäische Verfassung

Anspruch:

Die Sozialdemokraten wollen angeblich eine europäische Föderation mit demokratischer Verfassung. Noch 1978 erklärten sie:

„Wir setzen uns für eine europäische Föderation mit demokratischer Verfassung ein. Sie ist der geeignete politische Rahmen für die Selbstbestimmung der europäischen Völker und ihrer Bürger.“

(Programm der SPD für die erste europäische Direktwahl 1979, Dezember 1978)

Wirklichkeit:

Deutsche Sozialdemokraten tun nichts für einen europäischen Staat mit einer eigenen Verfassung.

Am 14. Februar 1984 verabschiedete das Europäische Parlament den „Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union“. Diesem wichtigen Schritt auf dem Weg zur ersten europäischen Verfassung und damit zur Einigung Europas stimmten die Christlichen Demokraten (EVP-Fraktion) einstimmig zu. Die Sozialisten waren dagegen völlig zerstritten. Viele stimmten dagegen. Die Spitzenkandidatin der deutschen Sozialdemokraten für die Europawahlen, **Katharina Focke**, und ihre deutschen Genossen Klaus Hänsch, Rolf Linkohr und Beate Weber enthielten sich der Stimme.

Auch der Bund der Sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft ist in dieser Frage zerstritten. Er konnte sich nicht darauf verständigen, daß die Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Verfassung in sein Europawahlmanifest aufgenommen wurde. Die italienischen Sozialisten, die dieses Ziel verfolgten, mußten bei der Verabschiedung des Manifests zur Europawahl ausdrücklich einen Protokollvermerk machen. Die Idee der Europäischen Union ist bei den europäischen Sozialisten nicht mehrheitsfähig: „Die PSI und die PSDI bekräftigen ihre Unterstützung des Vorschlags für einen neuen Vertrag zur Europäischen Union, der vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde und erklären, daß sie ihre Aktionen und ihren Wahlkampf zur Unterstützung dieses Vorschlags durchführen werden.“

(Manifest des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, 8./9. März 1984)

Die deutschen Sozialdemokraten haben sich dieser Erklärung nicht angeschlossen. Auch in ihrem Europa-Wahlprogramm 1984 fällt kein Wort mehr zur europäischen Verfassung, zur politischen Union Europas oder zum europäischen Bundesstaat.

Mehr Rechte für das Europäische Parlament

Anspruch:

Angeblich wollen die Sozialisten mehr Rechte für das Europäische Parlament. So überschreibt die SPD einen ganzen Abschnitt ihres Europa-Wahlprogramms 1984 mit dem Titel: „Für die Ausweitung der Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments“. Und in ihrem europäischen Manifest heißt es:

„Das Europäische Parlament muß in der Lage sein, seinen Einfluß im Entscheidungsprozeß zu vergrößern.“

(Manifest des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, 8./9. März 1984)

Wirklichkeit:

Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Die britische Labour-Party und die dänische Sozialdemokratie erklärten gleich bei der Verabschiedung des Manifests, daß sie gegen mehr Rechte für das Europäische Parlament sind. Helmut Schmidt erklärte am 5. Juni 1979 gleich zweimal, daß er kein stärkeres Europäisches Parlament will.

„Wir setzen uns nicht dafür ein, daß das Europäische Parlament nun durch Vertragsänderung zusätzliche Kompetenzen übertragen bekommt.“

(Helmut Schmidt, ZDF, Bonner Perspektiven, 5. Juni 1979)

„Nach den Römischen Verträgen sind die Befugnisse des Europäischen Parlaments zunächst sehr begrenzt. Wir treten auch keineswegs ein für eine Vertragsänderung.“

(Helmut Schmidt, WDR III, Das Mosaik, 5. Juni 1979)

Und Willy Brandt, der vier Jahre Abgeordneter im Europäischen Parlament war, aber an den Sitzungen fast nie teilnahm, erklärte in der französischen Zeitung „La Croix“ am 15. 2. 1984, er sei bereits 1979 gegen die Wahl des Parlaments durch die Bürger gewesen: „Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt waren schlecht beraten, das Europäische Parlament 1979 durch allgemeine Direktwahl wählen zu lassen. Ich bin nicht polemisch gegenüber dieser Entscheidung, aber es wäre vorzuziehen gewesen, das alte Parlament beizubehalten, ausgestattet mit größeren Kompetenzen. Man muß sich jetzt mit dem neuen Parlament abfinden, dessen Kompetenzen ohne eine Erweiterung der Verträge erweitert werden könnten. ... Als ehemaliger europäischer Abgeordneter habe ich eher eine kritische Sicht vom Parlament und den Gemeinschaftsinstitutionen.“

Zusammenarbeit mit Kommunisten

Anspruch:

Die SPD bekennt sich im Godesberger Programm zur Demokratie und zur Absage an den Kommunismus. Die kommunistischen Parteien bleiben für die Sozialdemokraten angeblich politische Gegner.

„Zu dieser Entwicklung haben die kommunistischen Parteien Westeuropas bisher nicht eindeutig Stellung bezogen. Für uns bleiben sie politische Gegner.“
(Programm der SPD für die erste europäische Direktwahl 1979, Dezember 1978)

Wirklichkeit:

Im Europäischen Parlament gibt es in vielen Bereichen eine enge Zusammenarbeit deutscher Sozialdemokraten und der übrigen Sozialisten mit den Kommunisten.

„Hierzu könnte noch ... die Unterstützung der Kommunisten und anderer Minderheitsgruppen kommen. Die hier dargelegte Bündnisstrategie müßte zu einem politischen Kräfteverhältnis führen, das der Durchsetzung und der Äußerung sozialistischer Auffassungen sehr viel mehr Möglichkeiten schaffen würde, als dies rein arithmetisch auf den ersten Blick erscheint.“

(Ernest Glinne, Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, XI. Kongreß des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in der EG vom 3.-4. März 1980 in Luxemburg)

„Der Leiter der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments, Ernest Glinne, hat am Dienstag in Brüssel die enge Zusammenarbeit begrüßt, die sich zwischen seiner Fraktion und den italienischen kommunistischen Abgeordneten unter Leitung von Enrico Berlinguer abzeichnet.“

(VWD Europa, 2. April 1980)

Katharina Focke, Spitzenkandidatin der SPD für die Europa-Wahl, bekannte auf einem internationalen Frauentag der SPD in Köln am 10. März 1984 auf die Frage, welche der politischen Parteien in Italien ihr am nächsten stehe, ohne zu zögern: „Die Kommunisten, vor allem wegen ihrer Friedenspolitik.“

(Zitiert nach Kölner Stadtanzeiger, 12. März 1984)

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Anspruch:

Die Sozialisten behaupten, für sie habe die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit allererste Priorität.

„Der Kampf um Arbeitsplätze ist heute unser absolut vorrangiges Ziel. Die Folgen der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit mit all ihrem menschlichen Leid und sozialer Ausgrenzung sind für uns unannehbar. Deshalb ist unsere dringendste Aufgabe, für die Millionen von Menschen ohne Arbeit in Europa neue Perspektiven aufzuzeigen. Nur wenn wir darüber hinaus sofort Mittel und Wege zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die eine Geißel für die Menschheit ist, finden, können wir die unausgeglichene Wirtschafts- und Haushaltsslage in Europa ausgleichen. Wir sind entschlossen, unsere

Systeme der sozialen Sicherheit aufrecht zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dazu ist die Schaffung von Arbeitsplätzen notwendig.“

(Manifest des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, 8./9. März 1984)

Wirklichkeit:

Wenige Wochen vor der zweiten europäischen Direktwahl sind die Sozialisten der Bremsklotz für den Wirtschaftsaufschwung und damit auch für sichere Arbeitsplätze in Europa. Sie stimmten im Europäischen Parlament – allen voran die deutschen SPD-Abgeordneten – gegen den Bericht des belgischen christlichen Demokraten Fernand Herman. Mit diesem Bericht wird ein konkretes Gesamtkonzept vorgelegt, das die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit in Europa stärkt und so unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert. Mit ihrer Verweigerung zu diesem Plan für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung in Europa lehnen die europäischen Sozialisten wirksame Anstrengungen zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit ab. Sie wenden sich gegen technischen Fortschritt, gegen ein vereintes Europa und fallen so Millionen europäischen Arbeitnehmern in den Rücken.

Diese Tatsachen zeigen: Die Europapolitik der SPD und der europäischen Sozialisten ist halbherzig und unzuverlässig. Die Sozialisten haben weder Alternativen noch Konzepte.

Weil die SPD zu Europa nichts zu sagen hat, mißbraucht sie die Europawahl zur innenpolitischen Auseinandersetzung. Führende Sozialdemokraten wollen die Europawahl zu einer Denkzettelwahl für die Bundesregierung Helmut Kohl machen (so z. B. Glotz am 29. Februar 1984 auf einer Pressekonferenz in Bonn und Brandt in der März-Ausgabe des „sozialdemokrat-magazin“). Vom Europäischen Parlament ist bei der SPD dagegen nur selten die Rede.

Die Christlichen Demokraten haben von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl bewiesen, daß sie Europa voranbringen wollen und voranbringen können. Jede Stimme für die CDU am 17. Juni ist daher eine Stimme für Europa. Deshalb müssen CDU/CSU und EVP im kommenden Europäischen Parlament stark sein. Damit es mit Europa weiter vorangeht!

Sie können Europa stärken

Mit Ihrer Stimme für die CDU

Am 17. Juni 1984 wird das Europäische Parlament – die gemeinsame Volksvertretung für 270 Millionen Bürger aus zehn Ländern – zum zweitenmal direkt gewählt. Diese Wahl ist ein Stück europäischer Innenpolitik. Sie beweist: Trotz mancher Rückschläge haben wir viel erreicht in Europa.

Das direkt gewählte Europäische Parlament hat gute Arbeit geleistet; und das trotz seiner geringen Befugnisse und seiner schwierigen Arbeitsbedingungen: Immerhin müssen sich hier 434 Abgeordnete aus zehn Ländern und 58 Parteien in sieben Sprachen einigen. Dennoch ist das Europäische Parlament zur einigen- den Kraft in Europa geworden:

- ★ Das Parlament hat Fortschritte in der gemeinsamen Forschungs-, Verkehrs-, Energie- und Entwicklungspolitik erreicht.
- ★ Gemeinsam mit dem Europäischen Rechnungshof hat das Parlament dafür gesorgt, daß die europäischen Gelder sparsamer ausgegeben werden. Den Steuerzahlern wurden dadurch mehrere hundert Millionen Mark erspart.
- ★ Das Parlament konnte den Anteil der Agrarausgaben am europäischen Haushalt um rund zehn Prozent senken.
- ★ Christliche Demokraten gehören zu den Vätern einer europäischen Verfas-

sung, deren Entwurf gerade vom Europäischen Parlament beschlossen worden ist – übrigens gegen die Stimmen vieler Sozialisten und bei Stimmenthaltung der SPD-Spitzenkandidatin Frau Focke.

Eines ist für uns sonnenklar: Ohne eine feste politische Struktur kann die Europäische Gemeinschaft auf Dauer nicht bestehen. Deshalb muß Europa politisch stärker werden: Wir Christlichen Demokraten wollen die politische Union Europas.

Die Wahl am 17. Juni muß die Christlichen Demokraten im Europäischen Parlament stärken, weil nur wir Freiheit, Partnerschaft, Frieden und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sichern. Deshalb ist jede Stimme für die CDU eine Stimme für Europa.

Bundeskanzler Helmut Kohl am 9. Februar 1984:

„Dieses Parlament, das wir im Juni wählen, ist eine große Chance, ein Angebot der Freiheit für alle in Europa, die frei wählen dürfen, die frei wählen können. Deswegen bitte ich Sie: Gehen Sie zur Wahl und helfen Sie uns, der Christlich Demokratischen Union, die das große europäische Erbe Konrad Adenauers für die Zukunft unseres Vaterlandes vernünftig an die nächste Generation weitergeben will.“

CDU



**Aufwärts mit
Deutschland.
Mit uns für Europa.**

Europa muß zusammenwachsen.

Frei und gemeinsam in die Zukunft.

Wir wollen frei atmen. In sauberer Luft.

Wir wollen frei reisen. Ohne Grenzen.

Wir wollen frei durch Europa fahren. Ohne Autobahngebühren.

Wir wollen uns frei entfalten können. Ohne Angst vor der Zukunft.

Doch das alles schaffen wir nicht allein.

Wir brauchen Freunde – über die nationalen

Grenzen hinweg. Die Europäer müssen

zusammenwachsen. Europa muß

zusammenwachsen. Gemeinsam sichern wir Frieden

und Freiheit, Arbeit und Wohlstand.

Nur gemeinsam meistern wir die

Zukunft.

Wählen Sie die Zukunft.

Wählen Sie Europa.

Wählen Sie CDU.



CDU

Aufwärts mit
Deutschland.
Mit uns für Europa.

Diese Anzeige erscheint in allen regionalen und überregionalen Zeitungen.